

Unter schwierigen Umständen

Zehn Monate rot-rote Koalition in Brandenburg

Von Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende im Landtag



Als nach der brandenburgischen Landtagswahl im Herbst vergangenen Jahres aus den Sondierungsgesprächen plötzlich Koalitionsverhandlungen wurden, kam das für die Kenner der Landespolitik ziemlich überraschend.

Natürlich waren wir gut vorbereitet – das war nicht der Punkt. Schon die märkische PDS war entschlossen, aus ihren politischen Alternativen und Vorschlägen auch praktische Regierungspolitik zu machen. In der zurückliegenden Legislaturperiode hatten wir gut zwei Jahre für eine breite innerparteiliche, vor allem aber auch öffentliche Debatte über ein Leitbild für ein solidarisches Brandenburg genutzt. Inhalte und Art dieser Debatte waren die gute Basis für das Landtagswahl-Programm mit seinen 15 Schlüsselvorhaben – »Vorhaben, die für uns zum Fundament eines politischen Bündnisses für ein neues Brandenburg gehören«, wie es in der Präambel hieß. Und sie überzeugte die Wähler.

Überraschend war vielmehr, dass sich die SPD in Brandenburg plötzlich einen Ruck gab und auf eine neue politische Konstellation setzte. Im Angesicht der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise, angesichts der Bilanz der Transformation Ostdeutschlands seit 1989/90 und der zunehmenden sozialen Polarisierung in ganz Deutschland sowie mit Blick auf die großen Herausforderungen bei geringer werdenden Ressourcen setzte man auf einen Neuanfang. Dabei förderte der desolate personelle, konzeptionelle und programmatische Zustand der CDU die Bereitschaft zum Wechsel. Die Fortsetzung der alten Koalition hätte wohl auch die Brandenburger SPD in den bundesweiten Abwärtsstrudel der Gesamtpartei gezogen. Naheliegend, aber nicht selbstverständlich erwiesen sich DIE LINKE und ihr Programm zur Neuorientierung der Politik im Lande auch im Eigeninteresse der SPD als die bessere Alternative.

Die neue Koalition machte »Gemeinsinn und Erneuerung« zum Leitmotiv künftiger Entwicklung; sie will »unser Land zusammenführen« und »aus der

Vielfalt der Brandenburger Gesellschaft heraus« handeln. Seit rund einem Jahr kämpfen wir um die praktische Umsetzung dieser Politik für eine solidarische Gesellschaft unter schwierigen Umständen. Erfolgreiches Regieren verlangt neben vielem anderen vor allem eines: Soziale Milieus, die zwar von Werten der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs getragen werden, aber durch ihre Vergangenheit und ihr heutiges Verhältnis zu dieser Vergangenheit getrennt sind, müssen im Interesse von Gegenwart und Zukunft zusammengeführt werden. Es müssen Entscheidungen gefällt und umgesetzt werden, die vor den kritischen Augen und der Lebenswirklichkeit ganz unterschiedlicher Menschen Bestand haben. Und das, ohne neue politische oder kulturelle Gräben aufzureißen – in einer Zeit, in der die finanzielle Entwicklung und die fast alles übertönende Begleitmusik der Bundespolitik eher dazu zwingt, Zumutungen zu verteilen als Wohltaten auszubreiten.

In dieser Weise Mehrheitsfähigkeit zu gewährleisten, hat mit Harmoniesucht oder »Kuschelkurs« nichts zu tun. Im Gegenteil: Solch Opportunismus würde geradewegs dazu führen, dass die strategische, auf Mehrheiten gegründete Handlungsfähigkeit erst gar nicht zustande käme. Wie es umgekehrt auch die Mehrheit gefährdet, wenn wir nur den parteitaktischen Vorteil sehen oder kurzfristig Punkte sammeln wollen.

Die unterschiedlichen sozialen Milieus, ihre Erfahrungen, Prägungen und Interessen, prallen zuerst immer in der Koalition aufeinander: in den Fraktionen, Ausschüssen, auch im Kabinett. Schließlich hatte die Koalition keinen politischen Vorlauf – etwa in gemeinsamer Opposition. Sie kam nach fast 20 Jahren Konflikt zwischen Regierung und Opposition zustande. Die gemeinsame Arbeit musste und muss immer noch einhergehen mit gegenseitigem Kennenlernen, mit gründlichem Verstehen der anderen Seite, mit dem Gewinnen von Vertrauen und Berechenbarkeit. Dazu bedarf es klarer Worte und des Strebens nach gemeinsamen Entscheidungen.

Mit Blick auf Öffentlichkeit, Parla-

ment und Gesellschaft geht das mitunter mit schroffen Auseinandersetzungen einher. Erfolgreiches Regieren in diesem Sinn heißt eben auch, dass sich die Landespartei, die Fraktion und die Regierungsmitglieder der LINKEN neu sortieren und »aufstellen« müssen, das eigene Profil und Glaubwürdigkeit müssen auf andere Weise herausgebildet, geschärft und gepflegt werden als zu Oppositionszeiten. Da lernen wir ständig dazu.

Das Ringen um Mehrheitsfähigkeit gilt aber natürlich für die gesamte Koalition. Auch für den noch vor Jahresfrist unangreifbaren Ministerpräsidenten Matthias Platzeck. Als der Landtag die Einführung eines Landes-Schüler-Bafögs debattierte, musste er sich von CDU-Seite »Betroffenheitslyrik bourgeoiser Jüngelchen« vorwerfen lassen: Gute Bildung müsse sich jeder selbst hart erarbeiten – der Staat dürfe da nicht mit einer »Tüte Bakschisch« herumgehen. – So tief sind die Brüche zwischen den einstigen Koalitionären, so ernst der dahinter steckende gesellschaftliche Konflikt. Erste Schritte zur Aufhebung der Residenzpflicht erfolgten vergleichsweise geräuschlos.

Seither haben sich Opposition und Teile der Presse auf die Haushaltspolitik von Rot-Rot eingeschossen. Trotz verschlechterter Einnahmesituation infolge der Krise und der Entscheidungen der Bundesregierung, trotz zurückgehender Transferleistungen verbindet Rot-Rot in Brandenburg die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung mit der Konsolidierung des Haushaltes. Auch hier sind die politischen Konflikte hart. Im Interesse der Haushaltsdisziplin verhängte Finanzminister Markov (DIE LINKE) im Mai haushaltswirtschaftliche Beschränkungen – unter schrillum Protestgeschrei der Opposition. Erst galten Beschränkungen als Beleg für die Nichtfinanzierbarkeit »sozialer Wohltaten«, dann – angesichts der Popularität rot-roter Projekte – waren die Beschränkungen plötzlich überflüssig (und der Haushalt damit ebenso plötzlich eigentlich ganz okay), aber der Finanzminister konnte angeblich nicht rechnen.

In dieser bundes- und landespolitisch schwierigen Situation haben wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner



Exkursion der Fraktion mit dem Landesforstbetrieb in den märkischen Wald

© Linsefraktion Brandenburg (2)

seit letztem Herbst Entscheidungen getroffen und Weichenstellungen vorgenommen, die klare Akzente einer sozialen Modernisierung des Landes setzen. Besonders wichtig sind uns:

1. der praktische Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) in diesem Sommer, wenn im Rahmen des Programms »Arbeit für Brandenburg« die ersten 1.250 ehemals Langzeitarbeitslosen eine Existenz sichernde, sozialversicherungspflichtige und überjährig wirksame Beschäftigung aufnehmen
2. die Einstellung der ersten 450 neuen Lehrerinnen und Lehrer zu Schuljahresbeginn 2010/11 zur Sicherung der Schüler-Lehrer-Relation
3. die Herabsetzung des Betreuungsschlüssels in den Kindertagesstätten für die 0- bis 3-Jährigen von einer Erzieherin für sieben Kinder auf sechs und für die über Dreijährigen von 1 zu 13 auf 1 zu 12. Damit verbessern sich sowohl die Zuwendung für die Kinder als auch die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher.
4. die Einführung des Schüler-Bafög mit Beginn des neuen Schuljahres, um Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien den Weg zum Abitur zu erleichtern
5. die Gewährleistung der hohen Qualität der Musikschulen und die Ausweitung des Kreises der davon profitierenden Kinder und Jugendlichen, was dem Anliegen der Volksinitiative entgegenkommt
6. das bevorstehende Vergabege-

setz, das die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Bezahlung der Beschäftigten mindestens auf dem angestrebten gesetzlichen Mindestlohnniveau bindet.

Auf dieser Basis, das konnten wir im Juni auf Regionalkonferenzen feststellen, hält das Regierungshandeln der LINKEN der kritischen Überprüfung durch die Parteibasis sehr gut stand.

Auf den Konferenzen wurde sehr konkret, entscheidungsorientiert und im Bewusstsein der besonderen Verantwortung für linke Politik in einer Zeit knapper und knapper werdender finanzieller Ressourcen diskutiert. Die Zusammenarbeit von LINKEN und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Koalition wurde gelobt, kritische Unterstützung zugesichert.

Alles in allem zeigt sich: Der Kurs von Rot-Rot in Brandenburg stützt sich auf ein tragfähiges Fundament und führt in die richtige Richtung. Ohne Übermut, aber selbstbewusst setzen wir auf das Engagement aller Brandenburgerinnen und Brandenburger und unterstützen sie mit aller Kraft. Bei der sozialen Modernisierung unseres Landes lassen wir uns von der schwarz-gelben »Sparpolitik« im Bund nicht gängeln und entmutigen, sondern streiten erst recht für einen Politikwechsel in aller Breite, auch über Brandenburg hinaus. Erfolge in diesem Sinn sind erst der Auftakt für soziale Politik im 21. Jahrhundert; mit hohem Aufwand und nicht nebenbei zu erreichen. Durch sie würden aber deutlich die Aufräumarbeiten er-

leichtert, die neoliberale Verwüstungen des Sozialstaats und Kriegspolitik hinterlassen haben.

Ob wir ankommen, wo wir hin wollen, hängt auch davon ab, ob die Partei DIE LINKE mit ihren Aufgaben wächst. Und ob wir uns in die Lage versetzen, aus »zarten Pflänzchen« wie in Brandenburg oder Berlin – und mehr sind es nicht – mehr zu machen. Erfolg in Brandenburg, die Betonung der positiven Ansätze dort hat bundesweite Wirkung. Kritische Punkte, schwierige Kompromisse sollen diskutiert werden. Aber wir dürfen auf keinen Fall, wie bisher leider auch geschehen, mit Stiefeln über die zarten Pflänzchen einer Neuorientierung der Politik wegtrampeln.

In diesem Sinn sind unsere sechs Schwerpunkte Beispiele für einen Anfang. Selbst wenn wir uns dabei nicht in allem durchsetzen und einiges auch parteiintern umstritten bleibt: Der für uns entscheidende Punkt war, die Koalition und die Neuorientierung der Landespolitik anzufangen und die kleine Chance auf Entwicklung zu nutzen. Und genau daran und nicht an abstrakten Vorstellungen wollen wir gemessen, kritisiert und dann unterstützt werden. Um von links dieses Land mit zu gestalten. Um den Spielraum für soziale Politik überhaupt zu erweitern.

info@kerstin-kaiser.eu
 www.dielinke-fraktion.brandenburg.de
 Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,
 Telefon: (0331) 966 15 03